

Unterlassene Hilfe

Millionen pakistanischer Flüchtlinge in Indien waren seit Wochen von der Cholera bedroht. Erst als die Seuche Tausende getötet hatte, halfen die reichen Nationen.

Auf der Straße von der westbengalischen Bezirkshauptstadt Krischnagar zum 95 Kilometer entfernten Schikarpur, entlang der indisch-ostpakistanischen Grenze, rollen Lastwagen mit Hilfsgütern aus Europa, Amerika und Australien. Sie rollen durch ein Spalier von Leichen.

Die Toten, auf der Flucht aus Ostbengalen von ihren Verwandten zurückgelassen und von den einheimischen Indern aus Furcht vor Ansteckung nicht

ger Dauerregen, der im Monat bis zu 332 Millimeter Niederschlag bringt — die Regenmenge, die in Hamburg in fünf Monaten fällt. Fünf Monate lang steht das meist flache Land knöcheltief unter dem Cholera-Überträger Wasser.

In dieser Wasser- und Schlammwüste vegetieren Millionen obdachloser Flüchtlinge. Denn es war nicht zu erwarten, daß der Staat Indien, der kaum seine eigenen Bürger ernähren und behausen kann, den besitzlosen Ostbengalen aus eigener Kraft helfen könne.

Indiens Ministerpräsidentin Indira Gandhi und ihr Kabinett riefen deshalb bereits im April die reichen Nationen der Welt um Hilfe an. Doch Antwort blieb aus.

Während Naturkatastrophen wie die Erdbeben 1960 in Agadir, 1963 in Skopje, 1970 in Peru, wie die Überflutung Ostpakistans vor wenigen Monaten innerhalb von Stunden Hilfsflug-

nisation zurück: „Wir können nicht aufgrund von Presseberichten handeln.“

Anfang Juni meldeten die Zeitungen in aller Welt: „Sintflut von Tod“ („Daily Mirror“) und bald danach „Cholera wütet immer stärker“ („Frankfurter Rundschau“). Apokalyptische Berichte von heute über fünf Millionen (die Einwohnerzahl Dänemarks) Flüchtlingen, die ausgehungert und geschwächt, zum Teil mit Cholera-Bazillen im Gedärm, über die Grenze kamen, zwangen nun den Blick der Welt auf das Katastrophengebiet.

Das Vorhersehbare trat ein: In den überbelegten Lagern füllte der Monsunregen die flachen Gruben, die Tausenden als Toiletten dienten, und schwemmte ihren Inhalt zwischen Zelte und Hütten. Ausgemergelte Kranke verloren durch Erbrechen und Stuhlgang innerhalb weniger Stunden große Mengen Körperflüssigkeit und verendeten.

Indien hatte nicht genügend Kochsalzlösung, die Cholera-kranken drei Tage lang intravenös zugeführt, gute Aussicht auf Heilung bietet. Und wo die Lösung da war, konnten die Ärzte Infusionsnadeln für Erwachsene nicht in die engen Adern von Kindern stechen. Nur die Hälfte der Flüchtlinge und wenige Einheimische konnten vor Ausbruch der Seuche geimpft werden.

Brennstoff ging aus, so daß die Hindus die von der Religion vorgeschriebene und aus hygienischen Gründen zu bevorzugende Verbrennung der Leichen einstellen mußten. In flachen Massengräbern verscharrten sie viele Cholera-Leichen. Nachts scharrrten streunende Hunde die Toten aus der Erde und schleppten sie weg.

Keiner hat bislang die Cholera-Opfer gezählt: Indische Behörden sprechen von etwa 5000 Toten, westliche Helfer in Kalkutta von über 10 000.

Jetzt erst, da das Flüchtlingseiland zur Naturkatastrophe Seuche wurde, stiegen in Europa und Amerika die Flugzeuge mit Medizin und Nahrung, mit Geräten und Helfern auf.

Sie landeten in Kalkutta, unorganisiert, unkoordiniert. Engländer, Amerikaner, Deutsche, Skandinavier, zivile und staatliche Hilfstruppen richteten jeweils eigene, voneinander unabhängige Verteilungsapparate ein.

Flugzeuge voller Cholera-Impfstoff trafen ein. Doch niemand hatte bedacht, daß in Kalkutta nicht genug Kühlraum für das empfindliche Serum vorhanden ist. Tonnen von Nahrungsmitteln und Zelten lagern bereits am Flughafen, doch Indiens Staatsminister für Gesundheit, Tschattopadhjaja, klagt: „Wir haben nicht die notwendigen Fahrzeuge, um die Hilfsmittel dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden.“

Im britischen Unterhaus rühmte Außenminister Douglas-Home, seine Regierung habe 40 Prozent aller Hilfeleistungen erbracht, in Amerika tönten alle Zeitungen, die US-Regierung habe



Cholera-Opfer in Westbengalen: „Sintflut von Tod“

beseitigt, starben medizinisch an Cholera oder Erschöpfung — aber auch, anders gesprochen, infolge unterlassener Hilfeleistung.

Denn bereits im März waren die ersten Ostbengalen vor dem Massaker westpakistanischer Soldaten nach Indien geflohen. Im April zählte man Millionen Flüchtlinge. Im Mai war abzusehen, daß gezielter Terror der Muslim-Besitzer in Ostpakistan nahezu die gesamte Minderheit von neun Millionen Hindus aus dem Land treiben werde.

Lexika geben Auskunft, daß Cholera „eine im Gangestal Indiens endemische... akute infektiöse Darmkrankheit“ ist, die „als Massenerkrankung aufzutreten“ pflegt und „durch Gebrauchs- und Trinkwasser“ übertragen wird (so der Brockhaus).

Jedes Wetteramt kann aus Statistiken ablesen, daß ab Mai der Monsun über Bengalen streicht, ein fünfmonati-

zeuge auf allen Kontinenten in die Luft zwingen, stieß die vorhersehbare, menschengemachte Katastrophe in Bengalen auf Gleichgültigkeit: Sie konnte nicht durch blitzschnelle spektakuläre Luftbrücken gemildert werden, sie hätte durch langfristige Organisationshilfe ohne große Publicity-Wirkung verhindert werden müssen.

Selbst die internationalen Hilfsorganisationen übten sich in Zurückhaltung. Die Uno beschränkte sich darauf, Mitte Mai zu Spenden für die Flüchtlinge aufzurufen. Ganze vier Staaten — die USA, Kanada, Großbritannien und die Bundesrepublik — überwiesen sofort Geld. Erst drei Wochen später kamen die Schecks von New York nach Neu-Delhi.

Ein Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes in Genf, Gordon-Lennox, wies noch vergangene Woche Vorwürfe über die Untätigkeit seiner Orga-

15 Millionen Dollar gespendet, die Bundesregierung stiftete eine Million Mark „für den Anfang“. John Hastings, Methodist-Missionar in Westbengalen, zur Bonner Gabe: „Vielen Dank. Das reicht gerade für genug Nahrung, um uns einen halben Tag weiterzuhelfen.“ Erst vergangenen Donnerstag sagte Bonn weitere fünf Millionen zu. Japan gab 2,5 Millionen Dollar, allerdings verbunden mit der Bitte, davon doch gefälligst japanischen Reis zu kaufen. Nur die schwedische Regierung versuchte, auf einer Konferenz in Stockholm wenigstens die Hilfe der skandinavischen Länder zu koordinieren.

Die Liga der Rotkreuzgesellschaften kündigt jeden zweiten Tag an, sie werde mit allen Kräften helfen. Aber noch vergangenen Mittwoch wartete Genf auf die Berichte von zwei Abgesandten, die in Bengalen die Bedürfnisse erforschen sollten. Die nationalen Rotkreuzorganisationen schickten getrennte Hilfssendungen los.

Die Uno, Weltfriedenshüter mit Unterorganisationen für Gesundheit, Ernährung und Flüchtlingshilfe, koordinierte nicht einmal den Einsatz dieser Abteilungen. Zur Linderung der Not der nach Indien geflüchteten Hindus schickte Generalsekretär U Thant zwei persönliche Beauftragte aus — nach Pakistan.

Zwar hat U Thant angekündigt, er werde im September der Uno-Vollversammlung vorschlagen, sie solle ein ständiges Zentrum der Weltorganisation einrichten, das sich mit der Koordinierung von Hilfsmaßnahmen bei Katastrophen in aller Welt beschäftigen solle. Doch die nächste Katastrophe wird dafür zu schnell kommen.

Im Londoner Unterhaus rechnete Douglas-Home vor, daß durch Sturmflut, Zyklon und Bürgerkrieg in Ostpakistan mehrere Ernten ausgefallen und die Reissvorräte nahezu aufgebraucht seien. Spätestens im Herbst wütet in Bengalen nach Flut und Cholera der Hunger.

SOWJET-UNION

Solche Sachen

Sowjet-Polizisten brannten 100 Gartenhäuschen nieder. Der Exzeß, der eine legale Aktion illegal machte, wurde in der „Prawda“ angeprangert.

Frühmorgens um acht umzingelten im Dorf Pawelzewo bei Moskau ein Bürgermeister, ein Staatsanwalt und 20 Polizisten eine Gartenkolonie. Sie brachen fast hundert Schuppen auf, übergossen sie mit Benzin, zündeten sie an und verwüsteten 132 Gärten.

Die Schrebergärten gehörten Arbeitern und Angestellten eines nahen Öldepots. Eine Beschwerde über die Polizeiaktion bei Polizei oder Staats-

anwaltschaft schien wenig sinnvoll. Doch Frau Ossipowa, Parteigenossin, aber selbst keine Kleingärtnerin, nahm sich der Sache an und schrieb an ihr Parteiblatt „Prawda“: „Als Kommunistin kann ich an dieser Geschichte nicht einfach vorbeigehen. Uns allen ist die Autorität des Stadtsowjets teuer, aber man darf nicht zulassen, daß einzelne Beamte sich solche Sachen leisten.“

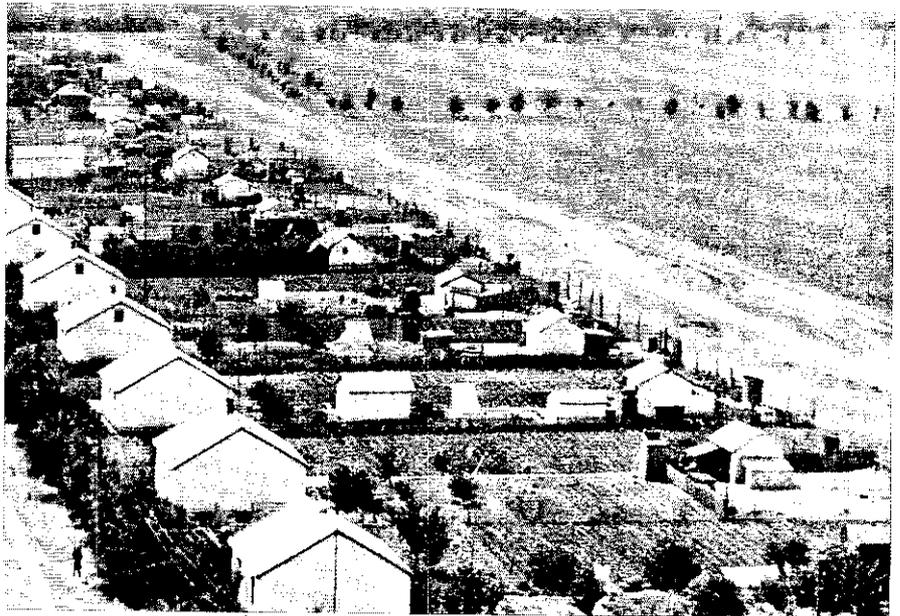
So unbedeutend die Episode von Pawelzewo scheinen mag, daß die „Prawda“ den Brief druckte und sogar einen Sonderkorrespondenten ausschickte, beweist: Auch in der Sowjet-Union müssen Staatsorgane neuerdings mit öffentlicher Kritik rechnen, wenn sie sich Exzesse gegen Bürger erlauben.

Die Polizeiaktion hatte die Kleingärtner von Pawelzewo besonders hart getroffen: Früher war dort, wo Kartoffeln und Zwiebeln wuchsen, eine Schutthalde. Die Arbeiter des Öldepots

- ▷ den Abriss der eigenmächtig gebauten Hütten durch die Kleingärtner selbst anzuordnen,
- ▷ die wilden Bauten mit richterlicher Erlaubnis entschädigungslos zu enteignen oder
- ▷ die Beseitigung auf Rechnung der Betroffenen vornehmen zu lassen.

„Aber die berechtigten Forderungen des Gesetzes“, rügte die „Prawda“ die Beamten, „verwechselten sie hier mit den ‚Forderungen des Augenblicks‘... und so kam diese ‚Operation‘ zustande, die eher an Spezialisten aus einem Cowboy-Film erinnert...“

„Beliebige Versuche, vom Gesetz abzuweichen oder es zu umgehen, ganz gleich, womit sie gerechtfertigt werden, können nicht geduldet werden“, hatte Parteichef Breschnew gerade auf dem 24. Parteitag der KPdSU proklamiert. Die Behörden-Cowboys von Pawelze-



Polizeiobjekt Geräteschuppen (in der UdSSR): „Operation aus einem Cowboy-Film“

von Pawelzewo hatten Gerümpel und Müll beiseite geschafft und erhielten den Boden vom Gebietsowjet zur privaten Nutzung zugewiesen. Die Schuppen bauten sie für ihre Gartengeräte. Zwar dürfen die Parzellen, die Sowjetbürger als Privatacker erhalten, nicht als Bauland verwendet werden. Aber die Beamten des Bürgermeisters Trussow hatten in Pawelzewo keine Anstalten gemacht, den Bau der Geräteschuppen einzuschränken.

Erst mit Verspätung schickten sie Verweise an die eigenmächtigen Häuschenbauer und unterrichteten sie über ihre „strafrechtliche Verantwortlichkeit“. Aber zur Verantwortung zogen sie keinen der Betroffenen.

Das Gebietskomitee für Volkskontrolle (eine Behörde mit ehrenamtlichen Helfern) wies Bürgermeister Trussow auf das Baudelikt hin und ermahnte ihn, das Gesetz „genau und standhaft“ einzuhalten. Er hatte das Recht,

wo aber leisteten sich auch noch einige ernste Formfehler: Am Ort der Operation öffneten die Polizisten die Lauben ohne den gesetzlich erforderlichen Zeugen, die Staatsanwaltschaft fertigte kein Protokoll der Aktion und keine Liste der aufgefundenen Gegenstände an.

Beinahe hätten die Planierer noch eine Katastrophe angerichtet: Sie hatten versäumt, die Feuerwache des Öldepots von der Brandaktion zu benachrichtigen — es wurden keinerlei Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Dem Chef der Wachleute gelang es nicht, die Teilnehmer zur Raison zu bringen: „Sie hörten nicht einmal zu“, klagte die „Prawda“.

Das Parteiorgan übte Sozialkritik: Die Lauben der Arbeiter wurden abgerissen, aber — so die „Prawda“ — die Datschen „anderer“ blieben unberührt. Die „anderen“ sind offenbar einflußreichere und vermögendere Sowjetbürger.